

Sachsen-Zeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 216 Nummer 506 a

Wegzugspreis: Halle-Saale Anzeigenpreis: Die 8spaltige 34 mm breite mm-Gebäude: 10 Pfennig. Kleine Anzeigen: 6 Pfennig. Familien-Anzeigen: 4 Pfennig. ... Sonntag, 25. Nov. 1923

Kardorffs mißgünstige Kabinettsbildung Ablehnende Haltung der Deutschen Volkspartei

Ein bürgerliches Kabinet?

Die Besprechungen in der Deutschen Volkspartei, insbesondere die des Abg. von Kardorff mit dem Reichspräsidenten, die am 2. Uhr begannen, dauerten längere Zeit. Kardorff hat zwar noch nicht den förmlichen Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten, er hat jedoch keine Bedingungen, eine Regierung aufzubauen zu bringen, sofort nach seiner Rückkehr aus dem Reichstage aufgenommen und konkrète der ganzen Kammer mitgeteilt...

Ein bürgerliches Kabinet?

ist, noch für vernünftige Maßregeln aufnahmefähig sein, die es von dem traurigen Abenteuer abhalten würden, in das ein Teil seiner Führer es zu führen wünsche. Eine ernste Angelegenheit für die Welt. London, 24. November. Die Times nimmt bisher als einziges Blatt an dem in später Stunde gemeldeten Rücktritt des italienischen Streikmanns Stellung und schreibt: Der Sturz Streikemanns habe eine besondere Bedeutung. Er sei das Ende einer Epoche. Streikemann habe ein durch die wahnwitzige Finanzpolitik seiner Vorgänger fortgeführtes Deutschland regieren müssen. Er habe sich gewandt über die diplomatischen Maßnahmen gegen die offene Revolte von Gruppen, Parteien und Staaten ankämpfen müssen. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte, seien außerordentlich gewesen, aber das unüberwindliche Hindernis, dem er gegenüberstand, habe in den Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten gelegen. Hier habe Streikemann alles getan, was ein fleißiger Denker hätte tun können, um mit den Alliierten zu einer Regelung oder wieder zu Verhandlungen zu kommen. Er sei ihm ohne seine Schuld nicht gelungen. Streikemann habe Anforderungen gemacht, freilich ohne Erfolg, weil er nach dem Rücktritt einer wirksamen Unterstützung von außen seinen Einfluß auf die innere Politik verlor. Deren Verzögerung und qualvoller Zustand immer größer wurde. Er appellierte schließlich an den Reichstag, was ein Akt der Verzweiflung gewesen sei. Was jetzt bevorstehe, sei eine sehr ernste Angelegenheit für die ganze Welt. Die nachste Aufgabe, daß Deutschland auseinanderbräche, müsse jetzt als wichtigste Ereignis in einem Europa erkannt werden, in dem die große Not in Anblik in Hintergründe lauzere. Es könne sein, daß während der nächsten Monate die Trennung des Reiches und des Abbruchs des Vorkrieges von Deutschland verheerende politische Gestalt annehmen werde. Französische Bemühungen näherten sich ihrem Ziel. Eine neue politische und wirtschaftliche Einheit, gesamt und beherrschend von Frankreich, drohe mitten in Europa aufzuliegen. Der übrige Teil des deutschen Reiches, der dieses reiches Gebietes auf unbestimmte Zeit brauche sei, werde wenig Aussicht auf baldige Erholung haben.

Die im Ruhrgebiet am 1. Oktober vorhandenen Kohlenvorräte bleiben Eigentum der Alliierten.

4. Die im Ruhrgebiet am 1. Oktober vorhandenen Kohlenvorräte bleiben Eigentum der Alliierten. 5. Ausfuhrbestimmungen müssen nach wie vor angeordnet werden. Die Ausfuhr metallurgischer Rohstoffe kann erst nach Zahlung der rückständigen Kohlensteuer erfolgen und muß in bestimmten Höhe sich bewegen wie im Jahre 1922. 6. Die Lieferung der Kohlenneubeauftragte wie Ammoniak-Sulfat, Benzol, Xer wird Gegenstand besonderer Pflichten sein. Dem Ruhrabkommen sind mehrere Abnänge beifolgt, die die rein technischen Fragen betreffen, wie die Fragen, welche Quantitäten auf Reparationskonto geliefert werden sollen und welche Strafen in Kraft treten, falls das Abkommen nicht gehalten werden sollte. Nach Meldungen aus dem Ruhrgebiet erwartet man dort, daß nunmehr innerhalb von sechs bis acht Wochen die Wiedereröffnung der Arbeit vor sich gehen wird. Der Düsseldorf-Korrespondent des Journal macht die wichtige Mitteilung, daß die durch das Abkommen erzielten Summen ebenso wie die durch die Abbrechung erlangten Summen sowie die Einnahmen aus den Reparationskonten dem Reparationskonto aufgeführt werden werden sollen und daß diese Summen bis zur Deckung der Kosten der Ruhrbesetzung von Frankreich und Belgien verwendet werden. In diesem Punkte könnte es keine Abweichung mehr geben und keine Vermittlung könne die Alliierten mehr trennen. Die Situation sei nunmehr klar. Auch der Korrespondent des Paris Journal erklärt, daß besonders die durch die Kohlensteuerungen der deutschen Industrie erzielten Summen dem Reparationskonto aufgeführt werden sollen.

Kardorff gibt seinen Auftrag zurück

Die Deutsche Volkspartei hielt am Sonntagabend noch eine längere, nicht sehr stark besuchte Fraktionssitzung ab, in der es zu einer eingehenden Erörterung der Frage kam, ob die Fraktion sich dem von Kardorff vorgeschlagenen Kabinettsentwurf anschließen wolle. Der von Kardorff von offenbar aus dem Verlauf der Debatte den Schluß, daß seine Fraktion es nicht wolle, wenn er seinen Auftrag wirklich annehme. In dieser Hinsicht wurde Kardorff, daß er die Fraktion habe, den Auftrag zurückgegeben.

Die Schwere zum Kabinettsentwurf

Aus politischen Kreisen der Schwere wird uns gemeldet: Die Vorgänge der letzten Tage im deutschen Parlament und der gestern erfolgte Sturz des Kabinetts Streikemann haben die Aufmerksamkeit des Auslandes wieder in nicht geringer Weise auf Deutschland gelenkt und sind in Frankreich nicht ohne Interesse verfolgt worden. Infolge der Not und des Drucks durch Frankreich habe zu vermehren. Es ist Deutschland selbst, das immer wieder durch das ewige Schwanen und die Verteilungslagen dem Auslandes Veranlassung gibt, sich ein Bild von ihm zu machen und es seinen Schicksal zu überlegen. Diese Ansicht haben wir trotz aller noch einflussreichen Schwärmer und sie kommt auch in den Besprechungen zum Sturz des Kabinetts Streikemann zum Ausdruck. Die Wäckerer Nachrichten schreiben, das härtere Geschick ist von der Wunde seiner schwachen Feinde in den Tod getrieben worden. Diese Situation macht einen miserablen Eindruck, weil keiner der politischen Faktoren, die das Kabinetts gestützt haben, im Ernst daran denken, an seiner Stelle zu regieren. Was die Erfolge der Streikemannschen Politik als solche betrifft, so heißt das Wort, daß Streikemann nur wenig erreicht habe, beifolgt hat er in Bezug auf die innere Politik seine Hauptaufgabe, dem Reichstag auf die Forderungen hin, nicht durchzuführen und das beehrte das Weiterbestehen des deutschen Reiches. Die Zeitung stellte den Riffen des Abkommensvertrates im Reichstag, die des gänzlichen Versagens des Abkommens für Belgien und die des Scheiterns der Verhandlungen hervor. Für die ganze Welt seien diese Ereignisse ein Gegenstand neuer Sorge. Das Wort heißt ebenfalls das Verlangen Streikemanns auf innerpolitischen Gebiete hervor. Er habe nicht den Mut zur Diktatur gefunden.

Französischer Kommentar zum Ruhrabkommen

Das Echo de Paris bespricht das Abkommen, das zwischen dem zum Bergbauindustriellen Verein gehörigen Eruben mit der belgisch-französischen Militärkommission abgeschlossen worden ist. Der Verein besitzt noch immer 80 Prozent der reinkonformistischen Produktion. Er werde von nun ab 23 Prozent seiner Kohlenförderung und Kohlenproduktion an Frankreich zu liefern haben. Das Abkommen mit den Industriellen entspreche dem, das mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen worden ist, jedoch mit einer Ausnahme: In dem Vertrag sei eine Art politische Klausel vorhanden. Deutschland sei seine Anforderungen gemacht worden, Frankreich zu erlauben, die Reparationskommission ungehindert die Summen für Kohlenlieferungen zu übermitteln. Die französische Regierung habe nicht verstanden, zu behaupten, daß sie in Recht liege, gewisse Abzüge zu machen entsprechend den Besetzungskosten auf den restlichen Reinertrag. Die Absicht sei darauf ausgegangen, in den Kontrakt eine Art Klausel einzufügen, die eine Art Protest gegen die Legalität des Ruhrerubens darstellte. Gestern vormittag habe Roucaux mit Deputies dem Minister Klotz, dem Minister für öffentlichen Arbeiten, dem Finanzminister und dem Kriegsminister beraten. Es sei beschlossen worden, daß die französische Regierung sich nur das Recht vorbehalten könne, die Angelegenheit direkt mit der Reparationskommission zu regeln, und daß die französische Regierung in keiner Weise die Arbeit der Reparationskommission beeinträchtigen dürfe. Wenn das Problem der Reparationskommission unterbreitet werde, werde Verbund nur zwischen zwei Fragen zu wählen haben, entweder, er ließe dabei, die juristische Rechtfertigung der Ruhrbesetzung auszusprechen, dann würde er auch für seine Hand von dem seit dem 11. Januar erzielten Einnehmen nichts in Anspruch nehmen dürfen, oder aber, er unterlasse seinen Protest, dann würde es ihm schwerer fallen, der Wiederherstellung der Besetzungskosten für das französische Volk nicht zuzustimmen.

Der Reichstag will sparen

Eine gemeinsame Sitzung des Reichstages, des Vorstands des Reichstages und der Reichstages des Untersuchungsausschusses des Reichstages beschloß sich heute mit der Frage, ob die Eingangsrechnungen im Haushalt, die in der gesamten Reichsverwaltung getroffen werden, auch auf den Reichstag ausgedehnt werden sollen. Die Reichstages beschloß sich heute nicht für die Befugnis, die in dieser Richtung zu fassen. Die weitere Verfolgung der Angelegenheit wurde vielmehr für die zweite Sitzung des Reichstages im Reichstagsgebäude zurückgestellt. Die Frage, ob die wörtliche Aufnahme der Reden im Reichstag noch weiter ausgedehnt werden soll, wird von einem Untersuchungsausschuss geprüft werden, in dem jede Partei ein Mitglied entsendet. Die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursache des Weltkrieges, über die Gründe des Zusammenbruchs des Völkerechts, Verletzung und nunmehr ihrem Abschluß nahe und werden in kurzem zur Ausgabe gelangen.

Auslandsstimmen zum Kabinettsentwurf

Frankreich will Nutzen daraus ziehen. Paris, 24. November. Der Sturz des Kabinetts Streikemann ist gestern Abend zuerst in den Wandblättern der Sommer besagten worden und dort oben eifrig besprochen worden wie die kurz darauf erfolgte Mitteilung Roucaux von der „Capitalisation Times“, wie Roucaux die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Reparationskommission und dem Reich bezeichnet. Der Sturz der Streikemannschen Kabinetts im „Paris Journal“ Marcel Rab, der sich kürzlich einige Zeit zum Studium der deutschen Verhältnisse in Berlin aufgehalten hat, besche, darin, daß die Streikemannschen „Spezialisten der parlamentarischen Angelegenheiten“ für einen Mann der Tat und einen Staatsmann hätten. Streikemann gelte mit Recht als der „beste „Praktiker“ des Reichstages. Der deutsche Parlamentarismus, der niemals glänzend gewesen sei, sei heute in voller Auflösung und gänzlich diskreditiert. Streikemann habe eine Rolle beansprucht, für die er nicht geschaffen war, und das sei der tiefere Grund für seinen Mißerfolg. „Nun“ steht in dem Sturz Streikemanns die Möglichkeit für Frankreich, „nützlich in die deutschen Angelegenheiten einzugreifen“. Deutschland, das durch das Wort, konnte in der traurigen Lage, in der es sich befindet, und in der die Eingänge der Alliierten mißgünstig

Die Sonderbündler in Ludwigschafen

Die Franzosen als Schutztruppe der Sonderbündler. Ludwigschafen, 24. November. Aus einer ausführlichen Meldung von generalistischer Seite über den Ueberfall der Separatisten ist noch folgendes zu entnehmen: Sinter dem Stotrupp, der gestern früh in Stärke von etwa 100 Mann in die Stadt einrückte, marschierte eine Kompanie französischer Soldaten. Den Sonderbündlern sollen sich etwa 1000 Erweiterte einmündigen aus Ludwigschafen angeschlossen. Aus dem Unbegriff Nord, das die Separatisten zuerst besetzten, war einbündler der deutsche Selbstschutz durch die Franzosen neutralisiert entfernt worden; in übrigen bewachten die Franzosen beide Selbstschutz bis gestern nachmittag, um dann den Sonderbündlern Sollen sich etwa 1000 Erweiterten in einem zum Teil unter Bedrohung mit der Waffe zum Weiterarbeiten anmanen. Die von den Franzosen entnommene Polizei verhielt sich wieder, jedoch ohne Mord, den Unbegriffen. Die Geschäfte sind fast alle geschlossen. (Eigener Debattebericht.)

Das Ruhrabkommen

Heber den Inhalt des von den deutschen Industriellen durch Vogeler abgeschlossenen Abkommens mit dem Reich und dem belgisch-französischen noch folgenden Mitteilungen: Es umfaßt die folgenden sechs Hauptpunkte: 1. Die Kohlenwerke, die durch deutsche Delegierte des Abkommens unterzeichneten, werden für die rückständige Kohlensteuer in der Zeit vom 1. Januar bis 1. November 1924 15 Millionen Dollars, d. h. 279 Millionen Franken, zum Tageskurs festsetzen. 2. Die Industrie wird für jede verkaufte Tonne Kohlen 10 Franken bezahlen. 3. Von der Kohlenproduktion werden 18 Prozent an die Entente abgeführt.

Das Ruhrabkommen

Paris, 24. November. Heber den Inhalt des von den deutschen Industriellen durch Vogeler abgeschlossenen Abkommens mit dem Reich und dem belgisch-französischen noch folgenden Mitteilungen: Es umfaßt die folgenden sechs Hauptpunkte: 1. Die Kohlenwerke, die durch deutsche Delegierte des Abkommens unterzeichneten, werden für die rückständige Kohlensteuer in der Zeit vom 1. Januar bis 1. November 1924 15 Millionen Dollars, d. h. 279 Millionen Franken, zum Tageskurs festsetzen. 2. Die Industrie wird für jede verkaufte Tonne Kohlen 10 Franken bezahlen. 3. Von der Kohlenproduktion werden 18 Prozent an die Entente abgeführt.

Die Rheinlandkommission hat in Ludwigschafen von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens eine Verhörsitzung abgehalten.

Die Kontrolle auf der Rheinbrücke ist aus





